

Die Geschichte des Notaufnahmelagers in Gießen zwischen 1946 und 1961

JEANNETTE VAN LAAK

Einleitung

In Gießen existierte zwischen 1946 und 1990 eine Einrichtung, von der man bis Mitte der 1950er Jahre davon ausging, dass sie nur so lange existieren würde, wie Flüchtlinge aufzunehmen waren beziehungsweise bis diese angemessenen Wohnraum gefunden hätten. Dass sich aus dem Regierungsdurchgangslager ein Zonenlager, dann ein Notaufnahmelager und später, in den 1980er Jahren, die Zentrale Erstaufnahmestelle für Übersiedler aus der DDR entwickeln würde, war zunächst nicht absehbar. In den 1980er Jahren bedeutete *Gießen* für die ausreiswilligen DDR-Bürger Freiheit und ein selbstbestimmtes Leben, *Gießen* wurde zu einer Metapher. Im Herbst 1989/90 sahen sich die Stadt, das Lager und der Bund vor der Herausforderung, täglich zwischen 1000 und 1500 Menschen aufzunehmen. Mit großem Pragmatismus wurde den vielen tausend DDR-Bürgern das Nötigste wie Unterkunft, Versorgung und Weiterreise bereitgestellt. Damit schrieb sich dieses Aufnahmelager in besonderer Weise in die Geschichte der beiden deutschen Staaten nach 1945 ein, schien hier doch stellvertretend für ganz Deutschland die Teilung *zuerst* überwunden worden zu sein.

Erstaunlich war und ist, dass in den Jahren nach der Wiedervereinigung die Erinnerung an das Lager und seine Bedeutung in Vergessenheit geriet, wenn auch Heinz Dörr 1996 einen Aufsatz hierzu veröffentlichte.¹ Erst in Vorbereitung des 20. Jahrestages des Mauerfalls, für den die *Stiftung Aufarbeitung* ein Projekt zum Thema „Der Tag des Mauerfalls in unserer Stadt“ ausgelobt hatte, nahm die Stadt den Faden der Erinnerung an diesen Teil ihrer Geschichte wieder auf. Der damalige Gießener Oberbürgermeister und der Landrat beauftragten daraufhin verschiedene Ausbilder beider Verwaltungen, mit den Auszubildenden ein Projekt über den Tag des Mauerfalls in Gießen durchzuführen, was die Beteiligten vor allem zur Geschichte des Notaufnahmelager respektive der Zentralen Aufnahmestelle für das Land Hessen führte. Im Rahmen dieses Projektes entstand eine kleine Wanderausstellung, die die Leistungen der Stadt und der Verwaltung des Lagers würdigte, die einige Zeitzeugen zu Wort kommen ließ, die heute für eine erfolgreiche Integration stehen.²

1 Heinz Dörr: Vom Flüchtlingskommissariat zur Zentralen Aufnahmestelle – Rückblick auf 45 Jahre Flüchtlingslager in Gießen. In: MOHG NF 81/1996, S. 49–68.

2 20 Jahre Mauerfall „Gießen hat deutsche Geschichte geschrieben“. In: Gießener Allgemeine vom 9. November 2009.

Bisherige Studien zu den Flüchtlingslagern und/oder zum Notaufnahmegesetz und seinem Verfahren haben sich vor allem auf den Zeitraum zwischen der Entstehung des Flüchtlingslagers für SBZ-/DDR-Flüchtlinge und dem Mauerbau konzentriert. Auch der folgende Aufsatz wird sich dieser Zeitspanne widmen, nicht zuletzt weil das Projekt zum „Notaufnahmelager Gießen. Eine deutsche Institutionen- und Beziehungsgeschichte zwischen 1946 und 1990“ erst an seinem Anfang steht. Dabei wird nach den Vorgaben der Alliierten sowie nach den gesetzlichen Regelungen zur Aufnahme von SBZ-Flüchtlingen in Hessen gefragt und anschließend skizziert, welche Unterkünfte ihnen wann in welcher Form zu Verfügung standen. Auch wird ein erster Vergleich auf die Lager wie Uelzen-Bohldamm und Marienfelde unternommen.

Zur amerikanischen Flüchtlingspolitik

Die alliierten Besatzungstruppen fanden in Deutschland nicht nur zerstörte Städte und desillusionierte, hoffnungslose Einwohner vor, sondern auch unzählige Evakuierte und Flüchtlinge, die auf der Suche nach Verwandten und Bekannten herumirrten und vor allem Hilfe in den Städten suchten. Eine weitere Herausforderung stellte die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus den Teilen Polens, der Tschechoslowakei, aus Ungarn und Rumänien dar, damit die dortigen Regionen auf diese Weise befriedet werden konnten. Um sich in der eigenen Besatzungszone keine zusätzlichen Konfliktlagen zu schaffen, indem die Umgesiedelten – in Städten konzentriert – ihren Protest formulierten, setzte die amerikanische Militärregierung hinsichtlich der Unterbringung und Versorgung der Vertriebenen auf eine dezentrale Lösung. Das bedeutete, dass die hessischen Städte gemessen an ihren Einwohnerzahlen aus dem Jahr 1939 in der Regel nur zwischen zwei und fünf Prozent Vertriebene aufzunehmen hatten, während der Großteil der Vertriebenen in ländlichen Gemeinden untergebracht wurden. Das führte dazu, dass dort der Anteil der Vertriebenen bald bei etwa 20 bis 25 Prozent, in einigen Gemeinden sogar bei etwa 50 Prozent lag. Auch in einigen hessischen Städten blieb der Anteil der Vertriebenen nicht so niedrig wie geplant: Für Gießen, Marburg, Wetzlar und Fulda ist bekannt, dass diese Städte zwischen zehn und zwanzig Prozent Vertriebene aufnahmen.³

Der amerikanischen Besatzungsmacht war es wichtig, dass die Vertriebenen nicht über längere Zeit in kurzfristig errichteten und notdürftig ausgestatteten Lagern untergebracht, sondern zügig an ihre künftigen Wohnorte weitergeleitet wurden. Diese Aufgaben übertrug sie rasch den deutschen Behörden: Zum einen weil die Deutschen für die Zustände zu Kriegsende hauptverantwortlich waren,

3 1946 betrug der Anteil der Vertriebenen in Gießen 9,3%, in Marburg 11,7 %, in Fulda 14,8% und in Wetzlar lag er sogar bei 18,6%. Unklar ist bislang, ob sich diese Aufnahmequoten nach den Einwohnerzahlen richteten. Vgl. hierzu Rolf Messerschmidt: Hessen und die Vertriebenen. Eine Bilanz von 1945 bis zur Gegenwart, Bonn 2010, S. 44.

zum anderen aber auch, weil die Besatzungstruppen vor Ort mit den Begebenheiten nicht selten überfordert waren.⁴

Nach der Neugründung des Landes Hessen mit der entsprechenden Landesverwaltung sah sich diese also schon bald vor der Aufgabe, Deutsche aus den Ausweisungsgebieten aus Polen und dem Sudetenland aufzunehmen und ihnen eine neue Heimat anzubieten. Deshalb wurde im Oktober 1945 ein Staatskommissar für das Flüchtlingswesen benannt, der eng mit dem Hessischen Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt zusammenarbeitete. In der Folge wurden auch in den Städten und Landkreisen Flüchtlingskommissare berufen, die ihre Weisungen von der Stadt bzw. dem Landkreis und dem Staatskommissar für das Flüchtlingswesen erhielten.⁵

Gießen um 1945/46 – Ein Flüchtlingslager wird gegründet

Im Oktober 1945 hatte die amerikanische Militärregierung die neue Landesverwaltung Hessens darüber informiert, dass das Land etwa 600.000 Deutsche aus den ehemaligen Ostgebieten aufzunehmen hatte. Die Landesregierung bestimmte daraufhin 15 Städte und Landkreise in Hessen, in denen entsprechende Durchgangslager für Flüchtlinge aus den ehemaligen Ostgebieten errichtet werden sollten.⁶

Auch auf die Stadt Gießen und den Landkreis Gießen fiel das Los, wobei die Situation in der Stadt Gießen nach Kriegsende sich so ausnahm: Ein Großteil der Gebäude und der innerstädtischen Infrastrukturen waren durch alliierte Bombenangriffe und einen sich anschließenden Großbrand 1944 stark zerstört worden; lediglich der Bahnhof und die Wehrmachtskasernen hatten die Zerstörung verhältnismäßig unbeschadet überstanden. So waren von den ehemals 3.800 Gebäuden der Innenstadt nur 45 Gebäude noch in gleichem Maße bewohnbar wie vor dem Krieg, dies traf auch für nur 110 von ehemals 10.500 Wohnungen zu.⁷ Etliche der wenig bis unversehrt gebliebenen Wohnungen und Häuser wurden im Zuge der alliierten Besatzung von den amerikanischen Be-

4 Doris Dedner: Die amerikanische Militärregierung in Gießen. In: MOHG 81/1996, S. 7-47.

5 Bernhard Parisius/Manfred Pult: Einleitung. In: diess.: Quellen zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Hessen: ein Inventar des Schriftguts in hessischen Staats-, Kommunal-, Kirchen- und Wirtschaftsarchiven von 1945–1975, Wiesbaden 1992, S. XX f.

6 Ludwig Brake: Neuanfang und Aufbruch. In: ders./Heinrich Brinkmann (Hg.), 800 Jahre Gießener Geschichte 1197-1997, Gießen 1997, S. 263-287, hier S. 276. Vgl. hierzu auch Rolf Messerschmidt: Vertriebene in Hessen: Broschüre zur gleichnamigen Dauerausstellung, Hessen 2003.

7 Die Bestandszahlen der Gebäude und Wohnungen stammen aus dem Jahr 1939. 1938 war Gießen zur kreisfreien Stadt erklärt worden, nachdem der NS-Reichsstatthalter die Eingemeindung vier umliegender Dörfer angeordnet hatte. Damit stiegen die Bevölkerungszahlen 1939 auf 46.500 Personen. Weitere Eingemeindungen in den Folgejahren ließen die Einwohnerzahlen sogar auf 49.000 steigen. Alliierte Bombenangriffe und ein sich anschließender Flächenbrand zerstörten im Winter 1944/45 nahezu 90 Prozent der Gießener Innenstadt.

satzungstruppen beschlagnahmt. So kam es, dass viele Gießener nicht nur sehr beengt, sondern in zum Großteil beschädigten Wohnungen und Kellern lebten, sofern sie sich nicht noch außerhalb Gießens aufhielten.⁸ Das Überleben in den Ruinen war mühselig.⁹ Hinzu kam die ungewohnte amerikanische Besatzung: In Gießen wurden ein militärischer Standort und ein Militärdepot errichtet. Die US-Soldaten aller Hautfarben verstärkten den Aspekt des Ungewohnten und der Fremdheit zusätzlich und leisteten vermutlich auch rassistischen Ressentiments Vorschub, so dass die amerikanische Besetzung in den ersten Jahren durchaus als Zumutung empfunden wurde.¹⁰

Ein weiteres Problem stellten diejenigen Menschen dar, die spätestens ab Ende 1944 in Deutschland unterwegs waren, teils weil sie ausgebombt worden waren, teils weil sie sich auf der Flucht vor den alliierten Truppen befanden. In den ersten Monaten des Jahres 1945 kamen nicht selten Wehrmachtssoldaten hinzu, die sich ebenfalls vor den alliierten Truppen in Sicherheit zu bringen versuchten. Dabei fürchtete das deutsche Militär vor allem die sowjetische Kriegsgefangenschaft, während die Zivilbevölkerung sich nicht zu Unrecht um die Vergeltungsmaßnahmen der Rotarmisten sorgte. So wurden in Hessen im Jahr 1945 allein 200.000 Evakuierte und noch einmal 100.000 Kriegsflüchtlinge gezählt.¹¹

Um diese Flüchtlinge versorgen zu können, war im Frühjahr 1945 auch in Gießen eine Sozial- und Flüchtlingsverwaltung gegründet worden, die die Flüchtlinge kurzzeitig unterbrachte, mit Lebensmitteln versorgte sowie deren Weiterreise zu organisieren versuchte. Hierbei arbeiteten die Mitarbeiter des städtischen Flüchtlingsausschusses mit den Kollegen des Landkreises eng zusammen. Unterstützung erhielten sie zudem von den Mitarbeitern karitativer Einrichtungen wie der Inneren Mission, der Caritas, der Christlichen Wohlfahrt oder auch der Arbeiterwohlfahrt.¹²

Für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge mietete der Flüchtlingskommissar des Landkreises das Hotel *Kobel* an. Auch das Gesundheitsamt zog ins Hotel *Kobel*, um notwendige medizinische Untersuchungen vor Ort vornehmen zu können, denn die Angst vor Seuchen und anderen Krankheiten war

8 Messerschmidt führt hierzu aus, dass ein Viertel des Wohnraums nach Kriegsende nicht mehr nutzbar war. Von 31.000 Gießener Einwohnern lebten etwa 70 Prozent in Wohnungen, die zu 50 Prozent beschädigt waren. Doris Dedner konstatiert, dass mindestens 2000 bis 2700 Gießener ihre Wohnungen an die amerikanische Militärregierung abgeben mussten. Aufgrund des Zerstörungsgrades mussten sie sich mit „Kellern, öffentlichen Gebäuden und anderen Orten“ behelfen. Vgl. Messerschmidt: Vertriebene in Hessen, a.a.O., S. 40, sowie Dedner: Die amerikanische Militärregierung in Gießen, a.a.O., S. 19.

9 Winfried Speitkamp: Modernisierung in der Krise: 1918 bis 1945. In: Brake/Brinkmann (Hg.): 800 Jahre Gießener Geschichte, a.a.O., S. 215-262, hier S. 255 und 257; vgl. auch Richard Humphrey u. a. (Hg.): Gießen – ein Kriegsende, Gießen 1995.

10 Vgl. Dedner: Die amerikanische Militärregierung in Gießen, a.a.O.

11 Messerschmidt: Hessen und die Vertriebenen, a.a.O., S. 38.

12 Oberbürgermeister der Stadt Gießen an den Regierungspräsidenten, zu Händen Oberregierungsrat Elsässer am 12.12.1946, in: HStAD, H 1, Nr. 3568.

groß. Ferner wurden das Hotel *Lenz* und das *Otto-Eger-Heim* für die Flüchtlinge angemietet. Später dienten zusätzlich noch zwei Wehrmachtsbaracken in der Hammstraße als Flüchtlingsherberge.¹³ In zwei weiteren Baracken in der Liebigsstraße und im Leihgesterner Weg wurde Gepäck gelagert.

Aus den Unterlagen geht bislang nicht hervor, ob der städtische Flüchtlingskommissar seinen Sitz im Hotel *Lenz* nahm oder ob gar nur *ein* Flüchtlingskommissar für die Stadt und den Landkreis eingesetzt wurde.¹⁴ Für 1946/47 sind mehrere Personen als Flüchtlingskommissare tätig: Im Dezember 1946 wurde Dr. Trommerhausen als Flüchtlingskommissar der Stadt angeben.¹⁵ Wenig später ist Ernst Keller in dieser Position¹⁶ und Erich Froschler wird als Flüchtlingskommissar für den Landkreis Gießen angeführt.¹⁷ Jeder Flüchtlingskommissar hatte etwa acht bis zehn Mitarbeiter. Angesichts des Zerstörungsgrades der Stadt, den enormen Herausforderungen an die Aufnahme, Versorgung und Unterbringung der kriegsbedingten Flüchtlinge im Jahr 1946 ist von einer engen Zusammenarbeit zwischen beiden Einrichtungen auszugehen. Nicht zuletzt die unerwartete finanzielle Belastung, die mit dem Lager und den damit verbundenen Aufgaben der Fürsorge für die Flüchtlinge verbunden waren, schien angesichts der leeren kommunalen Kassen eine Zusammenarbeit der Stadtverwaltung und der des Landkreises in der Flüchtlingsbetreuung zu befördern.

In der Einrichtung des Flüchtlingslagers wurden die Kommunen von der hessischen Landesregierung unterstützt. Nicht nur dass in allen Gemeinden, Zählungen über Hausrat und andere Gegenstände des täglichen Bedarfs durchgeführt wurden, auch Firmen, die bereits wieder oder immer noch Haushaltsgegenstände produzierten, hatten die Lager zu beliefern. So wurde etwa die Firma *Richter* angewiesen, 1000 Löffel und Tassen respektive Becher für das Gießener Lager bereitzustellen.¹⁸ Außerdem gewährte das Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt den Sozialämtern finanzielle Vorschüsse für die Flüchtlingsfürsorge.¹⁹

13 Der ehemalige Viehmarkt an der Hammstraße hatte bereits in der Zwischenkriegszeit denjenigen zur Verfügung gestanden, die sich nur temporär in Gießen aufzuhalten gedachten, also „Zigeunern“ und so genannten „Fahrenden“.

14 Vgl. Dörr: Flüchtlingskommissariat, a.a.O., S. 49 f.

15 Oberbürgermeister der Stadt Gießen an den Regierungspräsidenten, zu Händen Oberregierungsrat Elsässer am 12.12.1946, HStAD, H 1, Nr. 3568.

16 Der Flüchtlingskommissar Gießen für den Stadtkreis Gießen an den Herrn Regierungskommissar für das Flüchtlingswesen Darmstadt am 18. Januar 1947; HStAD, H 1, Nr. 4104, .

17 HStAD, H 1 Nr. 4121.

18 Regierungspräsidium Darmstadt, Regierungskommissar für das Flüchtlingswesen an Firma Richter & Co am 4.2.46, HStAD, H 1, Nr. 3568.

19 Vgl. HStAD, H 1, Nr. 3379.

Die Flüchtlingsgruppen

Welche Personen und Personengruppen hatte so ein Lager aufzunehmen, zu versorgen und weiterzuleiten?

Eine erste große Personengruppe war die Gruppe der Kriegsflüchtlinge; also diejenigen, die aus den bereits genannten Gründen eine Bleibe und/oder Verwandte und Bekannte suchten. Die zweite und im Jahr 1946 größte Personengruppe, die das Lager in Gießen aufzunehmen und zu betreuen hatte, waren die Vertriebenen aus Schlesien und aus dem Sudetenland. Eine dritte Personengruppe bildeten die aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Wehrmachtsoldaten, die nach ihrer Registrierung im Regierungsdurchgangslager Gießen in ein weiteres, so genanntes Heimkehrerlager verwiesen wurden, bevor sie an in ihre ehemaligen Wohnorte oder in andere hessische Städte und Gemeinden offiziell zurückkehren konnten.

Da die Amerikaner am Zuzugsverbot für Hessen festhielten, hatten sich im Gießener Lager auch all diejenigen zu melden, die nach Hessen ziehen wollten.²⁰ Zu dieser vierten Personengruppe gehörten all jene, die aus den anderen alliierten Besatzungszonen kamen und fortan in Hessen leben wollten. Dabei dürften diejenigen aus der sowjetischen Besatzungszone wohl die größte Anzahl innerhalb dieser Personengruppe gebildet haben.

Die amerikanischen Besatzer waren aber nicht nur für die Kriegsflüchtlinge zuständig, sie hatten auch diejenigen zu betreuen und zu versorgen, die während der NS-Zeit in deutsche Konzentrationslager verschleppt, oder bei Kriegsende befreit worden waren, die in ihren Herkunftsländern aber keine Angehörigen mehr hatten, weshalb sie als Staaten-, als Heimatlose respektive als *Displaced Persons* (DPs) bezeichnet wurden. Inwieweit das Gießener Flüchtlingslager in den Jahren zwischen 1945/46 und 1948 auch DPs aufnahm, versorgt und weitergeleitet hat, bleibt noch eine offene Frage.²¹ Bislang gehen wir davon aus, dass die DPs in den ersten Nachkriegsjahren in anderen Lagern untergebracht waren. Doch die Quellenfunde hierzu widersprechen sich: In den Aktenbeständen des Gießener Stadtarchivs findet sich ein Hinweis darauf, dass die Betreuung von DPs auch durch das Gießener Flüchtlingslager erfolgte.²² Nach Rolf Messerschmidt existierten mindestens vier Durchgangslager in Gießen, auch wenn er nicht angibt, welche damit gemeint sein könnten.²³ Der Hinweis auf die Aufnahmekapazität lässt den Schluss zu, dass die Hotels *Lenz* und *Kobel*, das *Otto*

20 Aufgaben der Flüchtlingsstellen. In: Gießener Freie Presse Nr. 196 vom 11. Dezember 1948, S. 7.

21 Vgl. hierzu Hannes Harding: Displaced Persons (DPs) in Schleswig-Holstein 1945-1953, Frankfurt/M. 1997; Roman P. Smolerz: Displaced Persons (DPs). Autoritäten und Anführer im angehenden Kalten Krieg im östlichen Bayern, Regensburg 2009.

22 In einem Bericht des Oberbürgermeisters an den hessischen Ministerpräsidenten vom 20. März 1948 heißt es unter anderem: „Es werden z.B. jetzt die aus den D.P.-Lagern Wetzlar und Zeilsheim mit ausgestoßenen D.P.s (Juden) laufend eingewiesen und von hier aus über ganz Hessen verteilt.“ StA Gießen N 2094, Monatsberichte.

23 Messerschmidt: Hessen und die Vertriebenen, a.a.O., S. 50.

Eger-Heim sowie die beiden Baracken an der Hammstraße damit gemeint sein könnten. Die anderen in Gießen existierenden Lager wie etwa das *Siemenslager*, das *Brauchitschlager* oder das Lager an der *Flughafensiedlung* verfügten insgesamt über größere Unterbringungskapazitäten. Zudem wurden sie in der Regel nach der Repatriierung der Italiener oder der Russen als Unterkünfte für verschiedene Gruppen von Arbeitern genutzt.²⁴ Für das *Brauchitschlager* ist bekannt, dass hier 1948 Ukrainer untergebracht wurden, die auf Einreisegenehmigungen nach Belgien, die Niederlande, Großbritannien oder Kanada warteten. Sie galten als DP und wurden von den US-Amerikanern unterstützt, die ihnen in Gießen nicht zuletzt Arbeitsmöglichkeiten boten.²⁵

Nachdem im Jahr 1947 weniger Vertriebene nach Gießen kamen, weil die Ausweisungen aus den Vertreibungsgebieten von alliierter Seite beendet wurden, veränderten sich die aufzunehmenden Personenkreise.²⁶ Nun galt es, die Flüchtlingstransporte der in Dänemark internierten Deutschen sowie Transporte aus Schleswig-Holstein, Österreich, Jugoslawien und Rumänien in Nordhessen zu verteilen.²⁷

Wie bereits angedeutet, suchten ab 1947/48 auch vermehrt Bewohner der sowjetisch besetzten Zone das Gießener Lager auf. Zwar war deren Zahl nur halb so hoch wie etwa derjenigen SBZ-Flüchtlinge, die das Lager Uelzen in Niedersachsen aufsuchten, doch auch das Gießener Lager hatte Flüchtlinge und Übersiedler aus der SBZ aufzunehmen. In der Regel stellten die SBZ-Flüchtlinge im Lager einen Antrag auf politisches Asyl oder auf Zuzugsgenehmigung nach Hessen, in manchen Fällen wohl auch beides. Die Anträge auf Zuzug, die mit einer Familienzusammenführung begründet wurden, wurden in der Regel positiv beschieden; die Anträge, die den Umzug unter wirtschaftlichem Aspekt begründeten, weil der Antragsteller in Hessen etwa einer Arbeit nachgehen wollte und

24 Bericht über den Zustand der Kasernen und Barackenlager der Wehrmacht, undatiert, StA Gießen, N 5207 OB, Allgemeiner Schriftwechsel 1946/47; StA Gießen 83/1507 Siemenslager, N 287 Brauchitschlager.

25 Fleißige Hände schaffen sich ein Heim. Besuch in einem Lager ukrainischer Arbeiter. In: Gießener Freie Presse Nr. 156 vom 23. Oktober 1948.

26 Vgl. auch Andreas Kossert: *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*, München 2008; Rainer Schulze: *Zwischen Heimat und Zuhause: Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West-)Deutschland, 1945-2000*, Osnabrück 2001; Dierk Hoffmann: *Vertriebene in Deutschland: interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven*, München 2000; Petra Rogen (Hg.): *Flucht, Vertreibung, Integration: Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bielefeld 1995*. Auch Regionalstudien entstanden, so etwa zu Hessen: Bernd Heidenreich/Sönke Neitzel: *Neubürger in Hessen. Ankunft und Integration der Heimatvertriebenen*, Wiesbaden 2006; York R. Winkler: *Flüchtlingsorganisationen in Hessen 1945-1954. BHE – Flüchtlingsverbände – Landsmannschaften*, Wiesbaden 1998; Wolfgang Eckart: *Neuanfang in Hessen: Die Gründung und Entwicklung von Flüchtlingsbetrieben im nordhessischen Raum, 1945-1965*, Wiesbaden 1993; Martina Skorvan: *Das Hilfswerk der Evangelischen Kirche und seine Flüchtlingsarbeit in Hessen 1945-1955*, Wiesbaden 1995.

27 Bericht über „Entstehung des Lagers“, S. 6, StA Gießen, 7/3 0016.

konnte, wurden 1947/48 meist abgelehnt, weil der entsprechende Wohnraum nicht verfügbar war.

Die Aufnahmepaxis von SBZ-Flüchtlingen, die politisches Asyl beantragten, regelte jede Besatzungsmacht zunächst anders: Während die britische Besatzungstruppen eine liberale Aufnahmepolitik betrieben, versuchten die amerikanischen Truppen zunächst, die *Zonenflüchtlinge* in ihre Zone zurückzuschicken. Doch diesbezügliche Aushandlungsprozesse mit der sowjetischen Besatzungsmacht scheiterten. Die französische Zone hingegen weigerte sich bis 1949 überhaupt Flüchtlinge aufzunehmen.²⁸

Bereits ab 1947 versuchten die deutschen Institutionen, dem Problem der Abwanderung aus der SBZ zu begegnen, indem sie Kriterien entwarfen, nach denen SBZ-Flüchtlinge aufzunehmen waren. So regelten die *Segeberger Beschlüsse* von 1947, die *Braunschweiger Richtlinien* von 1948, die *Uelzener Beschlüsse* von 1949 und das *Notaufnahmegesetz* von 1950 den Zuzug von SBZ-/DDR-Flüchtlingen.²⁹ Das Notaufnahmegesetz fixierte, dass Flüchtlinge aus der DDR nur im Ausnahmefall als Flüchtlinge anzuerkennen waren. Der im Grundgesetz verankerte Paragraph der Freizügigkeit wurde eingeschränkt. SBZ-/DDR-Flüchtlinge wurden nur aufgenommen und in das soziale Netz der Bundesrepublik integriert, wenn sie nachweisen konnten, dass ihnen in der SBZ/DDR Gefahr für Leib und Leben drohte. Zwar wurden diejenigen, die das nicht glaubhaft machen konnten, nicht in die SBZ/DDR zurückgeschickt, doch sie galten fortan als *Illegale*, die nicht am sozialen System partizipieren konnten.

Der Aufenthalt im Gießener Lager oberhalb des Bahnhofs war in der Regel sehr kurz; er betrug meist nur wenige Tage. Lediglich die alleinreisenden Jugendlichen verblieben etwas länger in den Jugendlagern, je nach dem, welche Pläne sie hatten bzw. welche Perspektiven ihnen vor Ort eröffnet wurden. Nach der Registrierung in Gießen verließen die Flüchtlinge das Lager und fanden, wenn sie nicht bei Verwandten unterkamen, eine Unterkunft in so genannten Flüchtlingswohnheimen, die ab Mitte der 1950er Jahre auch als *Notunterkunft Ost* bezeichnet wurden.³⁰

Die Entwicklung des Lagers ab 1947

Anfang 1947 hatte das Land Hessen dem Gießener Lager nun die Aufgaben eines *Regierungsdurchgangslagers* übertragen, womit es auch für die Zonenflüchtlinge zuständig wurde.³¹ Im Jahr 1949 erfolgte eine Zusammenlegung der Gebäude: Das Gelände oberhalb des Bahnhofs, an der Hammstraße, auf dem bereits zwei

28 Helge Heidemeyer: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949 - 1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Berlin 1994, S. 70–84.

29 Ebenda.

30 Vgl. HStAD, H 1, Nr. 3443.

31 Vgl. hierzu auch Heidemeyer: Flucht und Zuwanderung, a.a.O., S. 79 ff.; Volker Ackermann: Der „echte“ Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR - 1945-1961, Osnabrück 1995, S. 14.

Baracken standen, wurde soweit hergerichtet, dass einstige Bombeneinschläge aufgefüllt und eine Bebauung möglich wurde.³² Eine Zusammenführung der einzelnen Lagergebäude wurde auch deshalb notwendig, weil sowohl das Hotel *Lenz* als auch das Hotel *Kobel* trotz wiederholter Renovierungen abgewohnt waren, weshalb sie an ihre Eigentümer zurückgegeben wurden.³³ Auch die Gießener Universität konnte fortan das Studentenheim *Otto Eger* wieder selber nutzen, lediglich die dort installierte Großküche diente weiterhin der Verpflegung des Flüchtlingslagers. Die ehemaligen und als Lagerräume verwendeten Wehrmachtsbaracken in der Stadt wurden auf das Gelände des Viehmarkts verlegt. Zudem erfolgte der Ankauf weiterer, in der Regel aus ehemaligen Beständen des Reichsarbeitsdienstes stammender Baracken, die entsprechend ausgerüstet wurden.³⁴ Am 1. April 1950 bestand das Lager aus sieben Wohnbaracken, vier Wirtschaftsbaracken, einer Kranken- sowie einer Kulturbaracke. Die Unterbringung der Flüchtlinge erfolgte nach Geschlechtern getrennt in Gemeinschaftsunterkünften. In dieser Zeit verfügte das Lager über eine Aufnahmekapazität von etwa 740 Personen.³⁵

Doch der einigermaßen akzeptable Zustand des Lagers war keine Selbstverständlichkeit – vielmehr hatte der Flüchtlingsausschuss des Bundestages, als er im November 1949 die verschiedenen Flüchtlingslager in den Bundesländern besuchte, die Lebensumstände im Gießener Lager als unzureichend kritisiert.³⁶ Der Ausschuss beanstandete die geringe finanzielle Unterstützung des Lagers durch das Land Hessen, die unzureichende Ernährung der Flüchtlinge und den Umstand, dass Flüchtlinge auf dem Boden schlafen müssten.³⁷ In der Folge wurden die Wohnverhältnisse unter erheblichen Aufwand verbessert: alte Baracken wurden ersetzt, vorhandene hergerichtet. Bei einer zweiten Besichtigung des Lagers, Anfang März 1950, hinterließ Gießen schließlich einen besseren Eindruck: „Gut abgeschnitten. [...] Die Verantwortlichen waren von der vorteilhaften Veränderung des Lagers gegenüber der letzten Besichtigung so beeindruckt, dass die Entscheidung zu Gunsten des Lagers gefällt wurde.“³⁸

Nachdem der Bund entschieden hatte, das Lager in Gießen zu erhalten, erfolgt eine Umfriedung des Lagergeländes und der weitere Ausbau: 1951 wurden eine neue, etwas größere Kulturbaracke sowie eine Lagerkapelle eingerichtet. Die

32 Bericht über „Entstehung des Lagers“, StA Gießen, 7/3 0016.

33 StA Gießen, N 5368 sowie HStAD, H 1 Nr. 17242.

34 StA Gießen, 7/3/007.

35 Verzeichnis B für Grenzdurchgangslager, StA Gießen 7/3 003. Aus den Rechenschaftsberichten der Stadt an das zuständige Regierungspräsidium geht hervor, dass das Lager gerade zwischen 1948 und 1950 oft überbelegt war. StA Gießen, N 2049.

36 Kritik am Lager Gießen, in: Hessische Nachrichten vom 12. November 1949, StA Gießen, N 82/521.

37 Bericht über „Entstehung des Lagers“, S. 2, StA Gießen, 7/3 0016; Bonner Kommission in Gießen. Besichtigung des Zonendurchgangslagers am Bahnhof. In: Gießener Anzeiger Nr. 66 vom 9. November 1949.

38 Bericht über „Entstehung des Lagers“, S. 2, StA Gießen, 7/3 0016.

Einweihung des mittlerweile massiv errichteten Kindergartens erfolgte im Winter 1952/53. Im Sommer 1953 eröffnete in Krofdorf-Gleiberg ein Lager für alleinreisende junge Männer bis 21 Jahre und wenig später eine entsprechende Einrichtung für alleinreisende Mädchen.³⁹

Hatte das Land Hessen das Lagergelände lange Jahre gepachtet, konnte es diese 1955 schließlich erwerben; bald darauf begann eine weitere Ausbauphase. Der Umbau schien gerechtfertigt, nahm doch der Zustrom aus der sowjetischen Besatzungszone/DDR über die Jahre kaum ab. So beantragten 1949 etwa 22.490 SBZ-Flüchtlinge politisches Asyl, 1950 waren es ca. 58.800 Personen. Zwar verließ ein Großteil der fluchtwilligen DDR-Bewohner in den 1950er Jahren ihre Wohnorte über Westberlin, da die Bundesländer jedoch untereinander geregelt, hatten, dass jedes Bundesland eine bestimmte Anzahl dieser Flüchtlinge aufzunehmen hatte, und das Lager in Marienfelde mit dem Flüchtlingszustrom ohnehin überfordert war, war es nicht abwegig, die in Hessen bestehenden Lager zu modernisieren. Im Zuge dessen zogen die im Lager lebenden Angestellten und *Lagerarbeiter*⁴⁰ aus in neue, extra für SBZ-Flüchtlinge errichtete Unterkünfte in der Stadt.

Auf dem Gelände des Viehmarktes selbst wurden nach und nach einzelne Baracken abgerissen, zum Teil zwischengelagert und dann weiterverkauft, bevor mit dem Bau massiver Gebäude begonnen wurde.⁴¹ Zuerst entstand ein eingeschossiges Wirtschaftsgebäude mit Küche, Speisesaal und Kantine, ihm folgte ein dreigeschossiges Verwaltungsgebäude. Zwischen 1956 und 1959 wurden dann zwei ebenfalls dreigeschossige Unterkunftshäuser fertig gestellt.

Als der Flüchtlingsstrom aus der DDR im August 1961 durch den Mauerbau in Berlin jäh abbrach, war der Ausbau des Lagers in Gießen keineswegs abgeschlossen. Vielmehr fand noch im September 1961 eine Besprechung über den „Endausbau des Lagers“⁴² statt. In der Folge wurde der Bau eines fünfgeschossigen Unterkunfts- und Bürogebäudes, einer neuen Krankenstation, einer neuen Gemeinschaftshalle und eines Pförtnerhauses mit Garagen beschlossen; diese Maßnahmen wurden bis 1962 realisiert. Das Lager hatte fortan die Kapazitäten, 712 Flüchtlinge für etwa drei Tage aufzunehmen, weitere 140 Jugendliche konnten im Jugendlager untergebracht werden.

Das Lager nach dem Mauerbau

Wie bereits erwähnt, wurde die Bauphase im Notaufnahmелager Gießen erst 1962 abgeschlossen. Auch die Bundesregierung reagierte verhältnismäßig spät auf die veränderte Flüchtlingssituation aus *dem anderen* deutschen Staat: So wurde

39 Bericht über „Entstehung des Lagers“, S. 3 und 4, StA Gießen, 7/3 0016.

40 Im Bericht über „Entstehung des Lagers“ ist von 64 Angestellten im Lager die Rede. Vgl. StA Gießen, 7/3 0016.

41 StA Gießen, 7/3/007.

42 „Entstehung des Lagers“, S. 6, StA Gießen, 7/3 0016.

erst 1963 das Notaufnahmелager Uelzen-Bohldamm geschlossen.⁴³ Das 1953 gegründete Notaufnahmелager Marienfelde in Berlin wurde um etwa zwei Drittel verkleinert.⁴⁴ Das Notaufnahmелager in Gießen, das kleinste der drei Notaufnahmелager, blieb hingegen bestehen. Lediglich die beiden Einrichtungen für ledige Jugendliche in Krofdorf und das Haus Elisabeth wurden aufgelöst und in das Lager integriert.

In dieser Zeit erfolgte auch die Umbenennung der Häuser, die fortan nicht mehr als *Blocks*, sondern als *Haus Berlin*, *Haus Brandenburg*, *Haus Hessen* etc. bezeichnet wurden.

Damit wurde Gießen die erste Anlaufstation für Flüchtlinge aus der DDR. Ab 1963 hatten sich *alle* DDR-Flüchtlinge hier zu melden, um den Antrag auf Notaufnahme zu stellen.⁴⁵ Bis dahin war es so gewesen, dass die Flüchtlinge vor allem in Marienfelde den entsprechenden Antrag gestellt hatten und dann nach Uelzen-Bohldamm oder auch Gießen weitergeleitet worden waren. Nun wurden alle Flüchtlinge, auch die es in Westberlin noch über die Grenze schafften oder die in Häftlingsaustauschen in die Bundesrepublik entlassen wurden, zuerst nach Gießen ausgeflogen, hier registriert. Dort wurden die Anträge auf Notaufnahme gestellt, von hier wurden sie in andere Übergangsheime weitergeleitet – je nach Aufnahmekapazität der Bundesländer und später auch je nach persönlichem Wunsch.⁴⁶

Doch die Zahl derjenigen, die zwischen 1961 und 1971 nach Gießen ins Lager kamen, warum ein Vielfaches geringer: Sie lag bei etwa 30.000 bis 50.000 in den Jahren 1961 bis 1965, ab 1967 sank die Zahl der Flüchtlinge dann auf unter 20.000 jährlich.⁴⁷ Dabei ist interessant, dass diejenigen, die einen Antrag auf Übersiedlung in die Bundesrepublik stellten, mit 67 Prozent zahlenmäßig die größte Personengruppen aus der DDR darstellten, die Zahl der Flüchtlinge, die über Drittländer in die Bundesrepublik einreisten, belief sich auf etwa 26 Prozent, wohingegen die Zahl der Sperrbrecher nur bei sechs Prozent und die der freigekauften Häftlinge bei etwa 2,8 Prozent im Jahr 1967 lag.⁴⁸

Doch vor allem der Freikauf von politischen Häftlingen in der DDR nahm über die Jahre zu: Hatte er 1967 nur 2,8 Prozent betrag, so waren zehn Jahre später, also 1977, schon 12 Prozent aller Übersiedler freigekaufte politische

43 Das Notaufnahmелager Uelzen schließt. Über 1,3 Millionen Heimatvertriebene und 765.000 Zonenflüchtlinge in achtzehn Jahren. In: FAZ vom 28. März 1963, S. 6.

44 Katja Augustin: Im Vorzimmer des Westens. Das Notaufnahmeverfahren Marienfelde. In: Bettina Effner/Helge Heidemeyer (Hg.): Flucht im geteilten Deutschland, Berlin 2005, S. 135-151, hier S. 147.

45 Das betraf auch diejenigen, die es nach Berlin-West zog.

46 Die Bundesländer einigten sich in mehreren Sitzungen darauf, dass jedes Bundesland je nach Größe und Einwohnerdichte eine bestimmte Quote an DDR-Übersiedlern aufzunehmen hatte. Vgl. Heidemeyer: Flucht und Zuwanderung, a.a.O., S. 125.

47 Hans Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch/Christoph Kleßmann, (Hg.): Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen. Berlin, 2002, S. 310-14.

48 Ebenda.

Häftlinge.⁴⁹ Der Häftlingsfreikauf gewann in den 1980er Jahren deshalb zunehmende Bedeutung, weil die DDR-Regierung dringend Devisen brauchte. Mit der Abwicklung der Personenübergabe wurde vor allem die Verwaltung des Notaufnahmelandes betraut. Der Lagerleiter Heinz Dörr bestieg meist in Bad Hersfeld den Bus, der die Häftlinge aus Karl-Marx-Stadt, heute Chemnitz, abgeholt und über die Grenze gefahren hatte, und begleitete sie nach Gießen.⁵⁰

Außerdem wurden ab Ende der 1970er Jahre auch Spätaussiedler aus Osteuropa aufgenommen. Dabei handelte es sich um in Polen lebende Deutschstämmige und um Russlanddeutsche. Diese kamen in der Regel über die Lager in Friedland und Nürnberg nach Gießen und wurden nach einem kurzen Aufenthalt im Notaufnahmeland in Übergangsheimen untergebracht.

Nach der Fertigstellung 1962 verfügte das Lager über eine Aufnahmekapazität für etwa 700 Personen. Da solche Belegungszahlen in den folgenden fünfzehn bis zwanzig Jahren nur selten erreicht wurden, erfolgte alsbald eine Umwidmung der Räumlichkeiten: So wurde mit dem Kanzler der Gießener Universität vereinbart, einen Wohnblock als Schwesternheim für ausgebildete Krankenschwestern der Universität umzubauen. Auch die Polizei Gießen erhielt hier bis etwa 1972 Quartier, bis ihr Gebäude in der Stadt bezugsfertig war. Die Großküche des Lagers belieferte fortan nicht nur die sich im Lager aufhaltenden Flüchtlinge, sondern auch die Teilnehmer der Kurse der *Otto-Bennecke-Stiftung* sowie die Altenheime der Stadt und der Arbeiterwohlfahrt.⁵¹ Außerdem wurde ein Unterkunftsgebäude zeitweilig zu einer Förderschule mit Internat für jugendliche Spätaussiedler umfunktioniert.

In den 1980er-Jahre hatte es zwei große Ausreisewellen gegeben: 1984 kamen ca. 25.000 DDR-Bürger nach Gießen, 15.000 weitere beantragten das Notaufnahmeverfahren schriftlich. 1988 konnten 28.000 Menschen aus der DDR übersiedeln. Erst 1986 wurde die Einrichtung in „Zentrale Aufnahme- und Ausreisestelle für Übersiedler aus der DDR“ umbenannt. Damit wurde – wenn auch sehr verspätet – einem Entwicklungsprozess Rechnung getragen, der mit dem Bau fester Gebäude, Mitte der 50er Jahre, eingesetzt hatte, nämlich der Institutionalisierung einer einst provisorischen Einrichtung.

Vergleich mit den anderen Notaufnahmelandern

Abschließend bleibt zu fragen, warum das Lager in Gießen bis 1990 bestand. Ist dieser Umstand auf die zentrale Lage der Stadt innerhalb Deutschlands zurückzuführen? Der Frankfurter Flughafen war gut erreichbar, auch per Bahn konnten die Flüchtlinge gut zum Lager gelangen.

Vergleicht man das Gießener Lager mit dem Notaufnahmeland Uelzen-Bohdamm oder mit dem in Marienfelde fällt zweierlei ins Auge: Erstens erfolgte

49 1977 waren insgesamt nur 12.078 Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik übersiedelt, nur 1983 waren es mit 11.343 noch weniger gewesen. Ebenda.

50 Effner/Heidemeyer: *Flucht*, a.a.O., S. 58; Hendrik von Quillfeldt: *Dissidenten für Devisen, Häftlingshandel zwischen DDR und Bundesrepublik Deutschland*, Erfurt 2010, S. 78.

51 HStAD, H 5, Nr. 26.

der Ausbau der Lager nach dem Lagerneubau in Marienfelde. Dieser war notwendig geworden, weil der Flüchtlingsstrom aus der DDR 1952 und 1953 stark zunahm, nachdem die DDR-Regierung mit Grenzsicherungsmaßnahmen entlang der Demarkationslinie begonnen hatte und den *Aufbau des Sozialismus* im Zuge der Zweiten Parteikonferenz der SED vorantrieb. Nach dem 17. Juni 1953, an dem die Arbeiterschaft vor allem gegen die Normerhöhungen protestiert hatten, der Niederschlagung der Proteste mit Hilfe der sowjetischen Besatzungstruppen und der späteren Rücknahme der Normerhöhungen sank die Abwanderung nur vorübergehend. Als die Berliner Lager die Fluchtwilligen 1951 und 1952 nicht mehr aufnehmen konnten, ließ die Bundesregierung zusammen mit den westlichen Alliierten in wenigen Monaten ein neues Lager in Marienfelde bauen, das aus zehn mehrstöckigen Wohnhäusern mit kleinen Wohneinheiten für Familien bestand und damals zu den modernsten seiner Art gehörte.⁵² Im Frühjahr 1953 wurde es medienwirksam eingeweiht. Damit war die größte Not der Flüchtlinge in West-Berlin jedoch nur gemildert worden, zahlreiche Nebenlager mit notdürftigsten Infrastrukturen bestanden noch bis 1963 und die Lebensumstände waren alles andere als modern.

Trotzdem kann davon ausgegangen werden, dass das Lager in Marienfelde als Vorbild für andere Lager in Deutschland diente. Die hessische Landesregierung setzte jedenfalls ab Mitte der 1950er Jahre alles daran, keine neuen Barackenlager für die SBZ-/DDR-Flüchtlinge mehr errichten zu müssen. Da das Bundesinnenministerium noch 1954 die Ländervertretungen angemahnt hatte, die bestehenden Lager und Notunterkünfte aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen aus der DDR zu erhalten⁵³, wurde nun in die bestehenden Lager investiert. Das galt für das Lager Gießen ebenso wie für die Lager Hanau und Langen bei Frankfurt am Main, in denen in diesen Jahren ebenfalls feste Gebäude errichtet wurden.⁵⁴ Zu Weihnachten 1959 schließlich vermeldete der hessische Innenminister, dass alle *Barackenlager* aufgelöst seien.⁵⁵ Auch die umgebauten Einrichtungen zur Aufnahme von DDR-Flüchtlingen wurden weiterhin als *Lager* oder *Wohnlager* bezeichnet. Die Folgeeinrichtungen wurden in den 1950er und 1960er Jahren sehr nüchtern als *Notunterkunft Ost* bezeichnet, dahinter verbarg sich die Bezeichnung *Flüchtlingswohnlager*. Es ist also davon auszugehen, dass das Land Hessen mit dem Umbau des Gießener Notaufnahmelandes an die modernen Verhältnisse in Marienfelde anzuknüpfen versuchte. Zudem gilt es künftig, Aspekte der Standardisierung solcher Einrichtungen bzw. sie nach ihrer Wettbewerbsfähigkeit hin zu untersuchen.

Zweitens handelt es sich beim Gießener Lager um ein im Vergleich zum Notaufnahmeland Marienfeld und zum Notaufnahmeland Uelzen-Bohldamm verhältnismäßig kleines Lager. Während das Lager Gießen bis 1955 aus etwa 13

52 Vgl. Effner/Heidemeyer, *Flucht*, a.a.O.

53 Das Lager Griesheim bleibt bestehen. In: FAZ vom 23. Januar 1954, S. 25.

54 Unterkünfte für Sowjetzonenflüchtlinge. Erfolgreiche Bemühungen im Lande Hessen. In: FAZ vom 6. September 1958, S. 43.

55 Keine Barackenlager mehr in Hessen. In: FAZ vom 23. Dezember 1959, S. 13.

Barackenbauten bestand, zu denen u. a. auch das Pfortnerhäuschen zählte, verfügte das Lager Uelzen-Bohldamm im Jahr 1952 über 54 zum Teil in massiver Bausweise errichtete Verwaltungs-, Unterkunfts- und kirchliche Gebäude. Auch die Angestelltenzahlen spiegeln den Unterschied wider: Waren in Gießen ca. 83 Menschen im Lager beschäftigt⁵⁶, so waren in Uelzen-Bohldamm etwa 365 Angestellte des Landes und des Bundes.⁵⁷ Für das Notaufnahmelager Marienfelde wurden zehn mehrgeschossige Wohnblocks errichtet, in denen bis zu 2.000 Menschen Unterkunft finden sollten. Zusätzlich existierten in ganz Westberlin noch zahlreiche Außenlager, die ebenfalls SBZ-/DDR-Flüchtlinge beherbergten.⁵⁸ Auch Uelzen und Gießen unterhielten so etwas wie Außenlager: Dies waren Lager für männliche und weibliche alleinreisende Jugendliche.

Drittens ist auffällig, dass sich die Aufmerksamkeit der Medien vor allem auf die Lager in Berlin und auf das Lager Friedland fokussierte. Sowohl Friedland als auch das Notaufnahmelager Marienfelde wurden wiederholt als „Tor zur Freiheit“ bezeichnet. Diese Stilisierung stammt aus der Hochzeit des Kalten Krieges – mit diesem Topos arbeiten die sich hier ansiedelnden Erinnerungsstätten bis heute. Für das Notaufnahmelager Gießen ist eine solche Stilisierung bis in die 1970er Jahre hinein nicht bekannt. Zwar berichteten die lokalen Medien in der Tagespresse über Veränderungen und Neuerungen, auch über Kooperationen zwischen der Stadt und dem Lager, doch diese Berichterstattung erfolgte meist sachlich und unpathetisch. Erst als in den 1980er Jahren die Anzahl der Übersiedler aus der DDR wieder anstieg und rasch neue Unterkünfte organisiert werden mussten, verwies der hessische Sozialminister darauf, dass Gießen jetzt für die Brüder und Schwestern in der DDR *das* „Tor zur Freiheit“ sei.⁵⁹ Vielleicht lag es aber auch an dieser zurückhaltenden Berichterstattung der Medien, dass die Erinnerung an das Lager und an seine Bedeutung – es war immerhin das Lager, das am längsten bestand, das über zwanzig Jahre lang die erste Anlaufstelle für Übersiedler aus der DDR und damit so etwas wie eine Wunschheimat und ein Sehnsuchtsort darstellte – in den Jahren nach der Wiedervereinigung in Vergessenheit zu geraten schien.

56 Flüchtlingslager mit wenig Flüchtlingen. Gießen wird zentrales Notaufnahmelager für das Bundesgebiet. In: FAZ vom 20. Oktober 1962, S. 17.

57 „Sieben Jahre Flüchtlingslager“. In: FAZ vom 1. Oktober 1952, S. 5.

58 Bettina Effner: „Die rettende Insel“ – Flüchtlinge aus der DDR in West-Berlin. In: diess./Enrico Heitzer/Tina Schaller (Hg.): Verschwunden und vergessen. Flüchtlingslager in West-Berlin bis 1961. Berlin 2012, S. 5-12, hier S. 12.

59 Sozialminister Trageser in Gießen. Das Notaufnahmelager ist das Tor zur Freiheit. In: Wetzlarer Neue Zeitung vom 26. Juni 1987 sowie „Tor zur Freiheit prägender Eindruck“ Minister Trageser informierte sich in zentraler Aufnahme stelle Hessens – Integration unterstützen. In: Gießener Anzeiger vom 26. Juni 1987, HStAD, H 5 Nr. 25.